

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezahlungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Verantwortlicher: Dr. Richard Schöberl. Druckerei: A. Schöberl, Auerbach. Druck: A. Schöberl, Auerbach. Druckjahr: 1931.

Telegraphen: Telegraph Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 205

Donnerstag, den 3. September 1931

26. Jahrgang

Diskontsatz 8 Prozent

Lombardsatz 10 Prozent

Berlin, 1. Sept. Die Reichsbank hat mit Wirkung ab Mittwoch, den 2. September, den Diskontsatz von 10 auf 8 und den Lombardsatz von 12 auf 10 Prozent herabgesetzt.

Die Begründung für die Diskontermäßigung

Berlin, 1. September. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Luther, die vom Reichsbankdirektorium mit Wirkung vom 2. September d. J. beschlossene Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 10 auf 8 Prozent und des Lombardsatzes von 12 auf 10 Prozent wie folgt:

Die reibungslose Durchführung des Anfang August dieses Jahres wieder aufgenommenen vollen Zahlungsverkehrs und Bankverkehrs hatte es der Reichsbank ermöglicht, ihren Diskontsatz vom 12. August ab von 15 auf 12 Prozent zu ermäßigen. Eine weitere Senkung des Diskontsatzes war schon damals in Aussicht genommen für den Fall einer befriedigenden Weiterentwicklung der allgemeinen Lage. — Inzwischen ist eine gewisse Klärung eingetreten, wobei auf die in Basel gepflogenen Verhandlungen über die weitere Befreiung der in Deutschland noch vorhandenen Auslandsgelder, deren förmlicher Abschluß freilich noch aussteht, hingewiesen sei. Der Status der Reichsbank hat sich im Laufe des Monats August im Sinne fortschreitender Entlastung entwickelt. Die Anlagen der Reichsbank, die am 7. August noch 3649 Millionen RM betragen haben, erfuhr bis zum 22. August eine Vergrößerung um 669 Millionen RM. Die rückläufige Bewegung setzte sich auch in der letzten Augustwoche zunächst noch fort; erst vom 28. August ab zeigte sich infolge des einsetzenden Ultimobedarfs wieder eine Zunahme. Eine etwa gleichartige Bewegung hatte der Notenumlauf aufzuweisen, der seinen niedrigsten Stand am 26. August mit etwa 3066 Millionen RM erreichte. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten erfuhr bis zum 26. August eine Zunahme auf rund 800 Millionen, erst vom 28. August ab überwogen die Abgänge. Schon heute ist erkennbar, daß die Ultimobelastung der Bank, deren genaue Ziffern im Augenblick noch nicht vorliegen, sich in durchaus gemäßigten Grenzen gehalten hat. Insbesondere überschreitet der Notenumlauf mit etwa 4880 Mil-

lionen in keiner Weise das übliche Maß. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen wird etwa 89,3 Prozent betragen gegenüber 86,1 Prozent Ende Juli. Angesichts dieser Gestaltung der Lage glaubt das Reichsbankdirektorium, die für die Wirtschaft nach wie vor außerordentlich drückenden Zinssätzen durch eine Senkung des Diskonts auf 8 Prozent und des Lombardsatzes auf 10 Prozent erleichtern zu sollen. Ob und wann weitgehende Erwartungen zu verwirklichen sein werden, bleibt von der künftigen Entwicklung des Kredit- und Devisenmarktes abhängig. — Der Reichsbankpräsident gab ferner der Veranlassung davon Kenntnis, daß die unter dem Zwange der Verhältnisse im Juli angeordneten und im Juli weiter verschärften Restriktionsmaßnahmen dank der seit der Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs eingetretenen Befreiung aufgehoben werden konnten und daß die Reichsbank bestrebt ist, ihre wiederhergestellte Kreditbereitschaft tunlichst weiten Wirtschaftskreisen zugute kommen zu lassen. Vor einigen Tagen ist zur Befestigung dieser seit längerer Zeit verfolgten Tendenz ein besonderer Kundenerfolg an alle Reichsbankankassen ergangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß jetzt jeder gute Handelswechsel, der als reichsbankfähig anguerkannt ist, bei der Reichsbank voll Unterstützung finden können. Außerdem sind Besprechungen mit den Banken usw. aufgenommen, die die Schaffung erweiterter Bewertungsmöglichkeiten für gute Warenwechsel zum Ziele haben. Von größter Wichtigkeit hierfür ist, daß Handel und Gewerbe durch Bereitstellung eines geeigneten Materials von auf Währungswechseln basierenden Wechseln ihren Banken die Möglichkeit geben, einen tunlichst großen Teil der gegenwärtig von ihnen bei den Banken in Anspruch genommenen Kontokorrentkredit in Diskontkredit für Handelswechsel umzuwandeln. Damit würde nicht nur eine kräftige und geländere Gestaltung unserer Kreditverhältnisse geschaffen, sondern auch den Banken ermöglicht, ohne wesentliche Verringerung ihres Kreditbestandes, ihre Liquidität zu verbessern und zum Nutzen der deutschen Wirtschaft die von der Reichsbank gebotenen Kreditmöglichkeiten für Warenwechsel besser auszunutzen.

Diskontherabsetzung in Danzig

Danzig, 1. Sept. Die Bank von Danzig hat ab heute ihren Diskontsatz von 7 auf 6 Prozent und ihren Lombardsatz von 8 auf 7 Prozent herabgesetzt.

Die Notlage der Mittelstädte

Der Reichshäufendebund zu den Richtlinien des Reichsfinanzministers über Haushaltsausgleich

Berlin, 1. September. Der Gesamtschub des Reichshäufendebundes hat nach eingehender Beratung zu den Richtlinien des Reichsfinanzministers über Haushaltsausgleich Stellung genommen. Ueber das Ergebnis der Beratung wird vom Reichshäufendebund u. a. mitgeteilt: Die große Zahl der mittleren und kleineren Städte ist seit Jahren bemüht, alle Einsparungsmöglichkeiten auszunutzen. Jedoch ergeben sich bei ihnen nicht die gleichen Sparmöglichkeiten, wie bei den großen Städten, weil ein großer Teil der Sparmöglichkeiten bereits hinweg genommen ist. Die den mittleren und kleineren Städten verbliebenen Spar- und Steuermöglichkeiten stehen aber in keinem Verhältnis zu der ungeheuren Steigerung der Wirtschaftserwerbsloshausgaben, vor allem in mittleren und kleinen Industriestädten, die infolge Stilllegung eines oder mehrerer ihrer Haupterwerbskräfte gebundenen Unternehmungen einen rapiden Rückgang ihrer Steuererträge und zugleich eine katastrophale Steigerung ihrer Wirtschaftskosten erfahren haben. Ferner fehlen bei den kleinen Städten häufig Einnahmen aus Wirtschaftsbetrieben und die zahlreichen Gemeindeforderungen sind zum großen Teil Zuschußbetriebe geworden. Die mittleren und kleinen Städte fordern daher Befreiung der Gemeinden von dem Anteil der Krisen- und Wirtschaftserwerbsloshausgaben und finanzielle Beteiligung des Reiches an den Wirtschaftserwerbsloshausgaben. Landkreise und freisangehörige Gemeinden können trotz aller rigorosen Sparmöglichkeiten zusammen höchstens 20 v. H. der Wirtschaftserwerbsloshausgaben aus eigenen Mitteln aufbringen. Ebenso notwendig ist eine Konsolidierung der kurzfristigen Gemeindeforderungen. Uebergangsmassnahmen sind erforderlich: Aufhebung der Kreditbeschränkung der Sparkassen gegenüber den Gemeinden und schleunige Ueberweisung ausreichender Reichsschüsse. Andernfalls läßt sich in zahlreichen mittleren und kleineren Städten die bisher mit äußerster Anspannung aufrecht erhaltene Zahlungsfähigkeit nicht mehr sicherstellen.

Die Frage des französischen Ministerbesuchs

Genf, 1. Sept. Die Frage des französischen Ministerbesuches in Berlin ist in diesen Tagen auch hier in Genf zwischen Dr. Curtius und dem französischen Delegierten Francois Porcut besprochen worden. Das Datum ist noch nicht endgültig festgelegt. Vorläufig ist der 28. September in Aussicht genommen. Bis dahin wird auch die Bänderbundstagung abgeklafft sein. Man rechnet sogar bestimmt damit, daß die Tagung schon einige Tage früher zu Ende geht. Der französische Außenminister, der erst anfangs kommender Woche hier eintrifft, wird nicht während der ganzen Dauer der Tagung hier bleiben, sondern so frühzeitig nach Paris zurückkehren, daß er rechtzeitig die Reise nach Berlin antreten kann. An der Berliner Reise wird außer dem französischen Außenminister der französische Ministerpräsident Cabal teilnehmen. Beide Herren werden nur von ihren engsten Mitarbeiterbegleitet sein. Es handelt sich um einen Besuch in der Art des ersten Besuchs der deutschen Minister in Genf und Paris. Die bisherige Vorbereitung des Berliner Besuchs scheint aber bereits zu der Hoffnung zu berechtigen, daß voraussichtlich auch positive Verhandlungen, und zwar wirtschaftlicher Art, das Ergebnis dieses Berliner Besuchs sein werden.

Preussischer Landtag tritt nicht zusammen

Berlin, 1. Sept. Der Vorkonferenzrat des preussischen Landtages lehnte am Dienstagabend die vorzeitige Einberufung des preussischen Landtages ab.

Am Freitag Entscheidung

über Reichstags-Einberufung

Berlin, 1. Sept. Präsident Brüning hat den Vorkonferenzrat des Reichstages für Freitag nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung einberufen, in der über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages entschieden werden soll. Die Reichstagsfraktion der Staatspartei hält am Donnerstag eine Sitzung ab; auf der Tagesordnung steht die Besprechung der politischen Lage.

Brünings Besprechungen mit den Sozialdemokraten

Berlin, 1. Sept. Am Dienstagabend empfing der Reichskanzler die Abgeordneten Dr. Hilferding und Dr. Herz als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Besprechung über das Winterprogramm der Reichsregierung. Da jedoch die Regierung, wie das Nachrichtenbüro des Reichspräsidenten über die Einzelheiten dieses Programms noch keine Entscheidung gefällt hat, konnte auch die heutige Besprechung noch zu keinem Ergebnis führen, zumal die von den Sozialdemokraten verlangten Änderungen der Juni-Notverordnung in die neuen Pläne der Regierung hineingearbeitet werden sollen. Wie das Nachrichtenbüro des Reichspräsidenten weiter hört, werden am Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Sozialdemokraten fortgesetzt. Daher ist nicht damit zu rechnen, daß schon am Freitag im Vorkonferenzrat eine Entscheidung über die vorzeitige Einberufung des Reichstages fallen wird, da die Sozialdemokraten ihre Stellungnahme zur Parlaments-Einberufung von der Erfüllung ihrer Wünsche abhängig machen dürften. Eine Entscheidung ist jedoch spätestens vor der für den nächsten Dienstag angeordneten Fraktions-Sitzung der Sozialdemokraten im Reichstag zu erwarten.

Die Frist für die Ablieferung der Devisen

Berlin, 1. Sept. Es wird darauf hingewiesen, daß die Ablieferung der Devisen auf Grund der Verordnung vom 29. August 1931 bis zum 5. September 1931 zu erfolgen hat. Hierzu ist jeder verpflichtet, der Devisen im Werte von mehr als 1000 RM besitzt, und zwar 1. ausländische Zahlungsmittel (z. B. aus-

ländische Banknoten, Goldmünzen, Scheine, Wechsel), 2. Forderungen in ausländischer Währung (z. B. Kontokorrentguthaben in ausländischer Währung bei in- und ausländischen Banken oder sonstige Forderungen in ausländischer Währung, die in den nächsten drei Monaten fällig werden), 3. ausländische Wertpapiere, sofern sie nach dem 12. Juli 1931 erworben sind, und schließlich 4. Gold (außer den vorerwähnten ausländischen Goldmünzen alle außer Kurs gesetzten Goldmünzen, Feingold und legiertes Gold, sowie Rohgold wie Halbfabrikate, nicht dagegen Schmuckgegenstände). Die Anlieferung und Ablieferung der Devisen hat bei der Reichsbank und allen Devisenbanken zu erfolgen. Vordrucke brauchen nur in den Fällen ausgefüllt zu werden, wenn jemand beantragt, ihm seine Devisen zu belassen, da er sie zu volkswirtschaftlich gerechtfertigten Zwecken gebraucht. Wer seinen Verpflichtungen zur Ablieferung nicht nachkommt, wird streng bestraft. Auskunft erteilen die Reichsbankanstalten und die Devisenbanken.

Zurückstellung der Zollunion?

Kein Verzicht

Eine Erklärung Schobers

Wien, 1. Sept. Den Genfer Sonderberichterstatter des „Neuen Wiener Tageblattes“ meldet, Vizekanzler Schöberl habe erklärt, daß eine klare taktische Linie zwischen den Außenministern Deutschlands und Oesterreichs gefunden worden sei. Der französische Vorstoß, wie er in dem Artikel des „Temp“ sich offenbart habe, sei als erledigt anzusehen. Die deutsch-österreichische Uebereinstimmung in der Behandlung der Zollunionfrage liege jetzt vollkommen klar, und es könne gesagt werden, daß eine Verzichtleistung auf jede politische oder wirtschaftliche Kombination, die das europäische Statut ändern könnte, nicht zu erwarten sei. Schöberl werde sich bemühen, den Franzosen die Unhaltbarkeit ihrer Verzichtforderung begreiflich zu machen. Intensiv sei der Vizekanzler um eine Ueberbrückung der Gegensätze bemüht, und er erwarte, daß die französischen Delegierten

in Genf Verständnis für die Tatsache zeigten, daß jeder moralische Druck auf Oesterreich unter der Flagge „Schöpfung des Vertrauens“ zu einem Fiasko führen würde.

Französische Zumutungen

Genf, 1. Sept. Die aus französischen Kreisen verlautet, vertritt die französische Regierung zum deutsch-österreichischen Zollunionspakt nach wie vor den Standpunkt, daß eine Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich rechtlich unzulässig sei und politisch unter keinen Umständen anerkannt werden könne. Falls Oesterreich eine Finanzhilfe des Bänderbundes in Anspruch nehmen wolle, so könne diese Hilfe, soweit Frankreich beteiligt sei, nur unter bestimmten Bedingungen gewährt werden, die einen formellen Verzicht Oesterreichs auf eine Zollunion mit Deutschland für die Zukunft in sich schließen würden.